

## Tätigkeitsbericht 2022

Die Tätigkeit der Kommission Sucht und Drogen (KSD) wurde im zurückliegenden Jahr zunehmend weniger durch einschränkende Maßnahmen wegen der Covid-19-Erkrankungen beeinträchtigt. Präsenzveranstaltungen und andere persönliche wie Gruppenkontakte begünstigten deutlich die Arbeitsmöglichkeiten. So waren drei Sitzungen der KSD in Präsenz möglich. Einen personellen Zugewinn fand die KSD durch die Mitarbeit von Chefärztin Dr. Ernst (Hochweitzschen).

Die Zusammenarbeit mit anderen Gremien des Suchtkrankenhilfesystems wurde ebenfalls wieder direkter und lebendiger möglich. Hier sind die engen Kontakte zur Gesellschaft gegen Alkohol- und Drogengefahr (GAD) Sachsen, dem Suchtausschuss der Bundesdirektorenkonferenz (BDK) und der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren mit ihren Gliederungen hervorzuheben. Das betraf darüber hinaus auch Kontakte zu sächsischen Regierungsparteien. Die Kommission war personell bei vielen Präsenzveranstaltungen vertreten, um die nun wieder mögliche Weiterentwicklung des Suchtkrankenhilfesystems zu unterstützen. Inhaltlich ging es gegen eine Cannabisfreigabe, um die Qualität stationärer suchtpsychiatrischer Behandlung, die Qualifizierung der Selbsthilfegruppenarbeit Suchtkranker, die Vor- und Nachsorge bei chronisch multimorbiden Suchtkranken und die Anwendung von Zwang in suchtpsychiatrischer Behandlung.

2022 waren leider erneut strukturelle Schäden in der Suchtpsychiatrie und den anderen Bausteinen des Versorgungssystems nicht zu übersehen. Im Zuge der Covidmaßnahmen waren Schließungen von Sucht- und Drogenstationen an einzelnen Standorten zu verzeichnen. Alternativ erfolgten Umprofilierungen von Stationen mit konsekutiver schlechter Versorgung Suchtkranker. Der Personalmangel im ärztlichen und pflegerischen Sektor verschärfte sich! Die Ergebnisse der sich 2023 ändernden Personalbemessungsgrundlagen werden genau zu verfolgen und bewerten sein. Für die geplante kapazitiv höhere teilstationäre oder auch ambulante Behandlung Suchtkranker stellt sich wieder die Frage nach dem verfügbaren Personal, da der stationäre suchtpsychiatrische Bereich nicht wegfällt und Personalvorhaltung leisten muss. Einbrüche in der Versorgungsqualität suchtpsychiatrischer stationärer Behandlung waren in massiver Kürzung der Behandlungszeiten an einzelnen Standorten festzustellen. Die Zahlen der Entwöhnungsbehandlungen haben abgenommen. Neue psychoaktive Substanzen (NPS) spielen offenbar stationär eine zunehmend größere und nicht immer bemerkte Rolle. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie besteht neben dem allgemeinen kapazitiven Notstand ein eklatanter Personalmangel für Suchtkranke dieser Altersgruppen. Eine desolante Situation! Eine Verbesserung der gesamten suchtpsychiatrischen Situation gegenüber dem Jahr 2021 ist also, wie erwartet, nicht eingetreten, da an den Voraussetzungen dafür nichts geschah. Eine relevante Erhöhung humanmedizinischer Studienplätze oder der Ausbildung beim Pflegepersonal fand nicht statt. Stattdessen verfolgte das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit seinem außerordentlich qualifizierten Minister lieber die Cannabisfreigabe.

Zur Freigabe von Cannabis hat sich die KSD eindeutig ablehnend positioniert! Mit Veröffentlichungen im „**Ärzteblatt Sachsen**“, **Teilnahme an Veranstaltungen**,

Fachauskünften bei anderen Gelegenheiten haben wir jede Möglichkeit genutzt, eine Cannabisfreigabe zu verhindern und über die schädlichen Folgen zu informieren. Wir stehen mit diesem Standpunkt nicht allein. Weitere Fachgremien im Land warnen unisono vor diesem Schritt, das betrifft zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN), Fachgremien der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie und die Bundesärztekammer (BÄK). Freigabe bedeutet Preisgabe größerer Konsumentengruppen an Sucht und Krankheitsfolgen! Die Cannabisdiskussion befeuert die Verharmlosung von Drogen und ihren Folgen ganz allgemein und wird für die gesamte Gesellschaft erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Uns werden die Aufgaben auf diesem Feld nicht ausgehen.

Die systematische Hilfe für suchtkranke Kollegen durch die etablierte Beratungskommission (BTK) stand im letzten Jahr vor höheren Anforderungen. Es steigt nicht nur die Fallzahl, es gibt auch eine Profiländerung zu verzeichnen. Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit finden sich eher bei den höheren Jahrgängen in beruflicher Arbeit, junge Kollegen gelangen häufiger und erkranken häufiger an illegalen Drogen oder an Substanzen mit besonderer beruflicher Griffnähe für sie (zum Beispiel Fentanyl oder Propofol). Damit steht die BTK auch quantitativ vor umfangreicheren Aufgaben.

Im Folgejahr wird nach der Kammerwahl in der KSD der Vorsitz wechseln. Es bedarf für die Kommission personeller Ergänzung zum rehabilitativen Sektor der Suchtkrankenbehandlung und einer personellen Verstärkung der Beratungskommission. Die Auseinandersetzung gegen die Freigabe von Cannabis wird weitergehen. Die Absichten der Berliner Regierung sind in der jetzigen Form nicht mit dem EU-Recht kompatibel. Abhängig vom Ausgang dieser Auseinandersetzung werden weitere Freigabeszenarien zu erwarten sein. Die Aspekte suchtpsychiatrischer Behandlungsqualität und die Behebung der personalen Missstände auf allen Ebenen bleiben sicher auch präsent für die Arbeit der Kommission.

Dr. Frank Härtel, Zwickau, Vorsitzender  
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2022“)